

Deutsche Städte werden dunkel. Was heißt das für die Sicherheit der Menschen?

Stand: 10:31 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Diana Pieper**
Redakteurin Innenpolitik



Ein Berliner Wahrzeichen bleibt dunkel: Die Siegessäule wird mit Einbruch der Dunkelheit nicht mehr beleuchtet

Quelle: dpa/Paul Zinken

Jede eingesparte Kilowattstunde zählt: In der Energiekrise verzichten viele Kommunen auf das Anstrahlen prominenter Bauwerke oder dimmen Straßenlaternen. Jedoch stellt sich die Frage, was schwächer beleuchtete Städte etwa für Verkehrssicherheit und das Wohlbefinden von Frauen bedeuten.

Mitten im Hochsommer wird es in vielen Städten der Republik jetzt stellenweise nachts besonders dunkel. Um Energie zu sparen, werden in der Hauptstadt historische Wahrzeichen wie der Berliner Dom nachts nicht mehr beleuchtet, rund 200 öffentliche und historische Gebäude sollen in den nächsten Wochen folgen. Auch die Weihnachtsbeleuchtung steht auf dem Prüfstand. Städte wie Leipzig, Hannover und München verzichten künftig ebenfalls darauf, viele ihrer Wahrzeichen zu beleuchten. Augsburg prüft sogar, die Ampelsysteme einzuschränken.

Denn in der Energiekrise zählt jede eingesparte Kilowattstunde. Und im Bereich der öffentlichen Beleuchtung werde besonders viel Strom verbraucht, wie die Wissenschaftlerin

Sibylle Schroer vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin sagt. „Unsere Straßen werden zum Teil mit einer Stärke von 30 Lux erhellt“, so Schroer. Zum Vergleich: In einer Vollmondnacht werden Lichtwerte von 0,3 Lux gemessen.

Dementsprechend viele Kommunen setzen nun darauf, ihre Beleuchtung abzuschwächen. Doch welche Folgen hat das für die Sicherheit im öffentlichen Raum – und wie hoch ist überhaupt das Einsparpotenzial?

Lesen Sie mehr Artikel unserer jungen Autoren auf WELT
Next und diskutieren Sie mit!

JETZT WELT NEXT LESEN

Drohen mehr Verkehrsunfälle?

„Im Zuge der Energiekrise ist der Bereich der öffentlichen Beleuchtung ein extrem wichtiger Sektor, in dem Energieeinsparpotenziale gehoben werden können und müssen“, sagt Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Neben der Abschaltung von Außen- und Gebäudebeleuchtung könne kurzfristig durch die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung oder durch Dimmung ein Einspareffekt erzielt werden. Verschiedene Städte und Gemeinden gingen bereits diesen Weg, so Düsterdiek. Grundsätzlich müsse aber sichergestellt werden, dass die Verkehrssicherheit etwa an zentralen Kreuzungsbereichen oder an Fußgängerüberwegen nicht beeinträchtigt werde.

Eine Sorge, die Wissenschaftlerin Schroer nicht teilt. Standards würden nach der Europäischen Beleuchtungsnorm vorgegeben. In den meisten Städten werde sie übererfüllt. „Wenn wir die Straßenbeleuchtung um 50 Prozent herabsetzen würden, könnten wir den Unterschied mit bloßem Auge nicht wahrnehmen, wenn wir während der Absenkung nicht dabei sind.“

Dass eine schwächere Beleuchtung zu schwereren Verkehrsunfällen führt, konnten auch Autoren eines Papiers (https://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/BfN-Skripten336_Schutz%20der%20Nacht_web.pdf) über Lichtverschmutzung für das Bundesamt für Naturschutz aus dem Jahr 2013 nicht nachweisen. „Hinsichtlich der Verkehrssicherheit führt mehr Licht nicht linear zu mehr Sicherheit“, so die Forscher. Die Beleuchtung von Straßen aus Gründen der städtebaulichen Orientierung und der Stadtgestaltung sei zwar unstrittig. Dieses Licht müsse jedoch nicht sehr stark sein.

Und dennoch: An manchen Orten in Berlin ist mehr Dunkelheit schon jetzt nur schwer vorstellbar. Im europäischen Vergleich gehört Berlin zu den verhältnismäßig dunklen Hauptstädten, noch immer sind hier viele Gaslaternen in Betrieb. Eine ressortübergreifende Taskforce prüft derzeit alle Energiesparpotenziale der öffentlichen Hand. In zwei Wochen sollen dem Senat entsprechende Vorschläge vorgelegt werden. Dabei würden „auch Sicherheitsaspekte sowie mögliche Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl berücksichtigt werden“, teilt eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Inneres mit.

Denn Dunkelheit im öffentlichen Raum kann sich sehr wohl negativ auf das Wohlbefinden auswirken. Studien (<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/20911>) zeigen, dass sich vor allem Frauen bei Dunkelheit oft unsicher fühlen und sexuelle Übergriffe fürchten.

Untersuchungen können einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Beleuchtung zwar nicht direkt nachweisen, und das Bundeskriminalamt (BKA) erhebt keine Zahlen zur Präventivwirkung von Straßenbeleuchtung. „Eine nicht ausreichende Beleuchtung kann aber negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl einer Person haben“, teilt die Behörde mit.

Trotzdem kann zu grelles Licht kontraproduktiv sein: Durch zu starke Beleuchtung werde das Auge geblendet und nehme die Umgebung schlechter wahr, sagt Wissenschaftlerin Schroer. So entstünden Schattenräume, in denen Gestalten nur noch schwer zu erkennen seien. „Um solche ‚Angsträume‘ zu vermeiden, muss die Beleuchtung gleichmäßig herabgesetzt statt verstärkt werden.“

Lektionen aus der deutschen „Sternenstadt“

Wie sich solche Anpassungen im Sinne der Stadtbewohner umsetzen lassen, zeigt das Beispiel Fulda. Dort ist schon seit Jahren ein Beleuchtungskonzept in Kraft, das die städtische Beleuchtung an manchen Orten ab einer gewissen Uhrzeit abstellt oder Lichtkegel intelligent ausrichtet.

Auch manche Geschäftsinhaber orientieren sich an der Richtlinie der Stadt. Innerhalb der vergangenen neun Jahre habe die Stadt ihren Stromverbrauch um rund 13 Prozent gesenkt, obwohl die Lichtpunktanzahl – etwa durch Erschließung neuer Baugebiete – in der gleichen Zeit um rund sechs Prozent gestiegen sei, teilt ein Sprecher mit.

Die Resonanz aus der Bürgerschaft sei überwiegend positiv. „Fulda zeigt, dass es nicht auf die Intensität der Beleuchtung, sondern die richtige Einstellung ankommt“, meint Schroer. Dann leide auch das Sicherheitsgefühl nicht – im Gegenteil. „Es ist sehr angenehm, bei Dunkelheit durch die perfekt beleuchtete Fußgängerzone in Fulda zu spazieren.“

2019 wurde die hessische Stadt von der International Dark-Sky Association (<https://www.darksky.org/>) als erste „Sternenstadt“ Deutschlands zertifiziert. Das Beleuchtungskonzept dient nicht nur der Energieeffizienz, sondern begrenzt auch die Lichtverschmutzung. Denn zu viel künstliches Licht stört den Nacht-Tag-Rhythmus von Lebewesen, kann bei Tieren und Menschen den Stoffwechsel und das Immunsystem beeinträchtigen und zu Schlafstörungen führen. „Nicht nur Menschen, sondern das gesamte Ökosystem werden von Lichtverschmutzung erheblich beeinträchtigt“, sagt die Wissenschaftlerin Stroer.

Die Entwicklungen stehen jedoch nicht für einen bundesweiten Trend: Während Deutschland bei der Beleuchtung seiner Städte und Straßen im europäischen Vergleich früher im unteren Bereich gelegen habe, sei die Bundesrepublik mittlerweile wegen der effizienten LED-Technologie ins Mittelfeld aufgerückt, so Schroer. Einen großen Anteil daran trügen die vielen hell beleuchteten Werbeflächen. Schroer fordert deshalb, bei den aktuellen Energiesparmaßnahmen nicht nur die Beleuchtung von Fassaden in den Blick zu nehmen, sondern auch jene an Kaufhäusern oder Tankstellen zu regulieren. Diese könnten je nach Nutzeraufkommen etwa ab 22 Uhr gedimmt oder abgeschaltet werden.

Darauf setzt nun etwa die spanische Regierung, die weitreichende Energiesparmaßnahmen für den öffentlichen Sektor vorgeschrieben hat. So muss unter anderem etwa die

Beleuchtung von nicht genutzten Büros, Schaufenstern, Werbung oder Denkmälern nach 22 Uhr ausgeschaltet werden. Mit dem Energiesparplan kommt Spanien dem Appell der EU-Kommission nach, die die Mitgliedstaaten zur Gasverbrauchsreduktion aufgerufen hat.

Die Bundesregierung dagegen setzt bisher noch vor allem auf Freiwilligkeit. In der vergangenen Woche legte das von Robert Habeck (Grüne) geführte Ministerium ein Energiesicherungspaket vor. Dieses beinhaltet unter anderem Vorschläge zum effizienten Heizen in öffentlichen Gebäuden. „Wir sind zum Thema Einsparungen auch mit den Kommunen im Gespräch. Wie das ... umgesetzt wird und ob das in allen Fällen aus Sicherheitsgründen möglich ist, müssen die Kommunen entscheiden, da sie hier zuständig sind“, teilt eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums WELT mit. Darüber hinaus werde verstärkt dazu aufgerufen, über das individuelle Nutzerverhalten den Energieverbrauch weiter zu reduzieren.

Forscherin Schroer wünscht sich dagegen strengere Vorgaben für die öffentliche Beleuchtung von Innenstädten. „Ziel sollte es sein, künftig Flächen nur noch dann zu beleuchten, wenn sie wirklich genutzt werden – mit gezielt ausgerichteter Beleuchtungstechnik und einer angemessenen -stärke.“ Das sei nicht nur im Hinblick auf die Energiekrise, sondern auch angesichts eines verantwortungsvollen Haushaltens mit Ressourcen dringend geboten.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240298827>